

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz

65. Sitzung
5. März 2026

Beginn: 09.01 Uhr
Schluss: 11.59 Uhr
Vorsitz: June Tomiak (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende June Tomiak teilt mit, dass sich TOP 9 erledigt habe, weil der federführende Hauptausschuss den Antrag – Drucksache 19/2486 – abschließend behandelt und eine Beschlussempfehlung abgegeben habe.

Dr. Michael Efler (LINKE) protestiert, dass der Antrag, der das Ziel habe, Energiestandards für Schulen für mehrere Jahre abzusenken, nicht mehr im Fachausschuss besprochen werden könne. Seine Fraktion stelle daher den Antrag auf einen Besprechungspunkt nach § 21 Absatz 3 GO Abghs.

Danny Freymark (CDU) teilt mit, dass seine Fraktion einem derart kurzfristigen Antrag nicht zustimmen könne. Er schlage vor, das Thema in der nächsten Sitzung aufzurufen.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) stimmt zu, dass das Thema besprochen werden solle. Daher werde dem Antrag der Fraktion Die Linke zugestimmt. Selbstkritisch anzumerken sei aber, dass der Ausschuss den Antrag auch früher auf die Tagesordnung hätte setzen können.

Linda Vierecke (SPD) stellt klar, dass der Vorgang gemäß der Geschäftsordnung abgelaufen sei. Die SPD-Fraktion habe sich für die Beibehaltung der Solarpflicht eingesetzt. Das Thema könne erneut aufgerufen werden, aber erst zur nächsten Sitzung.

Vorsitzende June Tomiak weist hin, dass dem Ausschussbüro nicht bekannt gewesen sei, dass das Thema im Hauptausschuss aufgerufen werde. – Wenn der Antrag der Linken auf einen Besprechungspunkt einvernehmlich beschlossen werde, könne dieser heute aufgerufen werden. Die Sitzung sei heute aber bereits straff organisiert.

Dr. Michael Efler (LINKE) bittet um Beachtung, dass die Kurzfristigkeit darauf zurückgehe, dass erst gestern bekannt geworden sei, dass der Hauptausschuss den Antrag auf der Tagesordnung habe. – Das Thema müsse heute besprochen werden, da der Hauptausschuss die Dringlichkeit beantragt habe, sodass im nächsten Plenum darüber abgestimmt werde.

Danny Freymark (CDU) hält dem entgegen, dass das bereits gestern hätte bilateral geklärt werden können, anstatt heute einen kurzfristigen Antrag zu stellen. Auch ohne Besprechung sei eine Debatte im Plenum möglich. Die parlamentarischen Regeln würden erfüllt.

Franziska Leschewitz (LINKE) wirft vor, dass die Koalition im Schnellverfahren ein Thema abräumen wolle. Der Vorwurf, dass der Antrag ihrer Fraktion zu kurzfristig sei, weise sie zurück. Ihre Fraktion müsse sich auch vorbereiten können.

Vorsitzende June Tomiak hält fest, dass kein Einvernehmen über den Antrag der Fraktion Die Linke festgestellt werden könne, sodass TOP 9 – alt – entfalle.

Weiteres siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) fragt für seine Fraktion:

„Wie viele Ausnahmegenehmigungen wurden schon jetzt für die am 1. März eingetretene gesetzliche Fäll- und Schnittschutzperiode erteilt, die nicht zuletzt die Brutzeit der Vögel schützen soll, und welche spezifischen Gründe rechtfertigten die Fäll-erlaubnisse jeweils?“

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, dass von den Bezirken, die bereits Rückmeldungen gegeben hätten, Tempelhof-Schöneberg fünf Ausnahmegenehmigungen zugunsten der Verkehrssicherheit erteilt habe. Andere Bezirke hätten null Genehmigungen erteilt. Weitere Rückmeldungen würden schriftlich nachgeliefert.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) fragt nach, wie der Senat gegen illegale Baumfällungen vorgehe.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, dass Erkenntnisse dazu an die zuständigen Bezirksämter weitergegeben würden.

Alexander Bertram (AfD) fragt für seine Fraktion:

„Auf welche Höhe schätzt der Senat die Kosten für das angekündigte ‚Baum-Amt‘, insbesondere die Personalkosten und aus welchem Titel werden diese finanziert?“

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) stellt klar, dass das medial gemeldete „Landesamt für Klimaanpassung“ derzeit nur eine von vielen Möglichkeiten der institutionellen Ver-

ankerung des Klimaanpassungsgesetzes sei, die geprüft würden. Daher sei noch keine seriöse Kostenschätzung möglich.

Alexander Bertram (AfD) fragt nach, ob der Senat ausschließen könne, dass ein mögliches Landesamt aus den Mitteln des Sondervermögens finanziert werde.

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) erläutert, dass noch keine Optionen und Finanzierungswege ausgeschlossen würden. In den Ausführungsvorschriften des Bundes sei ein Anteil des Sondervermögens für Overheadkosten vorgesehen, da diese Kosten auch Teil von Investitionen seien. Grundsätzlich sollten die Mittel aber effizient eingesetzt werden.

Linda Vierecke (SPD) fragt für ihre Fraktion:

„Wie steht die Senatsverwaltung für Umwelt und Klimaschutz zu einer Einführung der Verpackungssteuer, wie sie inzwischen auch der Regierende Bürgermeister befürwortet?“

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) stellt klar, dass ihrer Kenntnis nach der Regierende Bürgermeister für das Ziel, die Sauberkeit der Stadt zu steigern, nicht explizit eine Verpackungssteuer, sondern die Diskussion über ein breites Spektrum an Optionen befürworte. – Berlin setze sich für bundeseinheitliche Regelungen einer Verpackungssteuer ein, da regionale Lösungen keine Wirkung jenseits von Preissteigerungen erzielten. – Als Maßnahme in Berlin wolle sie einen Runden Tisch mit der Gastronomie, der IHK und den Bezirken initiieren, um die Möglichkeiten einer Mehrweg-Selbstverpflichtung oder die Nutzung kundeneigener Behältnisse zu besprechen.

Linda Vierecke (SPD) weist hin, dass mit Potsdam eine weitere Stadt eine Verpackungssteuer einführe und die regionalen Unterschiede bereits Realität seien, da auf den Druck steigender Müllmengen reagiert werden müsse. Welche Konsequenzen ziehe Berlin daraus? – Sie befürworte die Gesprächsinitiative der SenMVKU.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) wendet ein, dass es noch keinen Beschluss über eine Verpackungssteuer in Potsdam gebe. Das Thema sei an den Finanzausschuss überwiesen worden.

Dr. Michael Efler (LINKE) fragt spontan, ob Berlin ein stadtweites Mehrwegsystem prüfe.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) berichtet, dass es ein Berliner Pilotprojekt mit einer Supermarktkette gebe, das derzeit evaluiert werde. Für die Verbreitung von Mehrweg sei ein einheitliches Mehrwegsystem sinnvoll.

Dr. Michael Efler (LINKE) bittet um Klarstellung, ob der Senat die Einführung plane.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, dass dies ein Thema für die erwähnte Gesprächsinitiative sei, da es eine breite Beteiligung brauche.

Der **Ausschuss** schließt die Aktuelle Viertelstunde ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) berichtet, dass während des seit 2024 bestehenden Moratoriums des Mischwaldprogramm in einem langen Evaluations- und Beteiligungsprozess die „Waldentwicklungsgrundsätze Berliner Forsten 2065“ erarbeitet worden seien. Eine Anpassung des Mischwaldprogramms sei nötig geworden, da durch die klimatischen Veränderungen der Handlungsdruck höher sei. – Die Waldentwicklungsgrundsätze, die Vision, die strategischen und operativen Ziele sowie die Handlungsschwerpunkte und Maßnahmen basierten auf dem Erfahrungswissen der Berliner Forsten, bewährten Methoden des Waldumbaus und neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Die Vision 2065 habe vier zentrale Bausteine. Der erste sei die dauerhafte Sicherung der Waldflächen mit einer naturnahen Dauerwaldbewirtschaftung. Ein strukturreicher, stabiler Wald sei Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Der zweite sei die Klimaanpassung als strategischer Maßstab. Die Dynamik der Veränderung bestimme das Tempo. Vielfalt in Arten und Strukturen sowie die Kombination aus aktivem Waldumbau und zugelassenen Naturprozessen sicherten die Resilienz. Der dritte sei der Wald als grüne Infrastruktur der Metropole. Wald werde systematisch in die Stadtentwicklung integriert und sei das Rückgrat eines vernetzten Grünsystems bei gleichzeitiger Innenentwicklung der Stadt. Der vierte sei die ausgewogene Multifunktionalität von Erholung, Naturschutz und Ressourcenvorsorge.

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) ergänzt, dass am 13.03.2026 die Feier zu 111 Jahre Dauerwaldvertrag in Berlin stattfinden. – Außerdem werde ein Überblick über Ziele, Rahmenbedingungen, Umsetzungsauftrag im Zuge des Berliner Klimaanpassungsgesetzes präsentiert.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Das Klimaanpassungsgesetz bewerte Straßenbäume als strategische Anpassungsinfrastruktur und habe das Ziel einer klimaresilienteren Stadt. Daher sollten bis 2027 in Berlin 440 000 Straßenbäume stehen. Aktuell gebe es bereits 439 348, sodass es trotz des derzeit bestehenden Defizits bei der Nachpflanzung nach Fällungen möglich sei, dieses Ziel zu erreichen. Das langfristige Ziel bis 2040 sei, alle 15 Meter einen gesunden, gepflegten Straßenbaum oder einen Entwicklungsbaum zu haben. Dies seien 250 000 zusätzliche Straßenbäume. Dafür brauche es eine Standardisierung, aber auch standortspezifische Lösungen, eine Qualitätssicherung bei Pflanzung und Pflege sowie ein gesichertes Qualifikationsniveau der umsetzenden Personen. Eine Gestattung und Gewährleistung bei Anpflanzung durch Dritte solle geschaffen werden.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Die Klimaanpassung sei in erster Linie eine Frage der soziale Gerechtigkeit, wie die Ergebnisse des Umweltgerechtigkeitsatlas zeigten. Ärmere Personen seien eher von Hitze betroffen, daher müssten zuerst diese Viertel bearbeitet werden, die diese Doppelbelastung hätten.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Die Umsetzung sehe vor, dass bis Mai 2026 der Projektauftrag für das Umsetzungsplanungsprojekt formuliert werde. Am 25.02.2026 seien bereits die Bezirksstadträte informiert und eine Klimarisikoanalyse vorgestellt worden. Am 03.03.2026 hätten Workshops mit den Bezirken und den beteiligten Senatsverwaltungen stattgefunden. Ab Mitte März würden die Leitungsbetriebe und die Zivilgesellschaft eingebunden. Die Abgeordneten würden laufend informiert.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ab 01.01.2028 solle die konkrete Umsetzung starten.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Gründächer, Begleitgrün und die Schwammstadt seien auch Teil der Anpassung. Die Folie zeige die GIS-Analyse der zusätzlich nötigen Fläche für Straßenbäume. Am Beispiel Platz der Luftbrücke würden die Entwicklungen, aber auch die Herausforderungen deutlich. Konkret sei der Denkmalschutz eine Herausforderung, aber auch der Baumstandort als solches, da das unterirdische Platzangebot beschränkt sein könne. Teilweise würden Parkplätze entfallen, aber die Auswirkungen sollten durch innovative Methoden wie unterirdische Baumscheiben, auf denen auch Stellplätze möglich seien, reduziert werden.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Treptow-Köpenick verzeichne einen großen Zuwachs an Straßenbäumen, habe aber auch viele Überlandstraßen. Daher solle das Gesetz noch einmal geprüft werden, ob dies auch für diese Straßen gelte. Die Hitzeviertel Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln hätten den Hauptanteil an Neupflanzungen. Dort seien Konflikte mit dem Denkmalschutz zu erwarten.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Es habe eine repräsentative Bevölkerungsbefragung stattgefunden. Nur 4 Prozent bestritten den Klimawandel und seine Auswirkungen. 81 Prozent befürworteten, dass 1 Mrd. Euro Bundesmittel für die Klimaanpassung ausgegeben werden sollten, aber gerade in den Außenbezirken sinke die Zustimmung, wenn Parkplätze verloren gingen. Dies solle eine durch pragmatische Verkehrs- und Umwelt- und Klimaschutzpolitik aufgelöst werden.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Die SGAs bewerteten die Haushaltsjährlichkeit, langwierige Bürgerbeteiligungsverfahren und die Leitungsbestände als größtes Hindernis. Die Haushaltsjährlichkeit müsse gelöst werden, wobei das Sondervermögen bereits hilfreich sei.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Die SGAs hätten auch angegeben, dass 480 Stellen mehr nötig seien, wobei 237 nicht in der Verwaltung eingesetzt seien, sondern vor Ort auf der Straße. Es gebe aber noch Synergiepotenziale.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Gemeinsam mit Bezirken, Initiativen, der Wissenschaft, der Zivilgesellschaft und den Fachverwaltungen müsse nun geklärt werden, wie das Beteiligungsverfahren organisiert werde, wie in einem urbanen Gebiet die Flächenkonkurrenz zwischen den verschiedenen Anforderungen aufgelöst und die Flächen verteilt werden könnten, welche Methoden und Innovationen es brauche, Bäume zu pflanzen, zu pflegen und zu erhalten, wie das notwendige Personal angeworben werden könne, wie Entscheidungsbefugnisse und -aufgaben verteilt würden sowie welche grundstücksübergreifenden Lösungen, technische Ausstattung und Budgetbildung und Ergebnismessung es brauche. Das Ziel sei ein pragmatisches Umsetzungsplanungsprojekt, das zu einer lebenswerteren und klimaresilienteren Stadt führe.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) bittet um Auskunft, wie der Senat den Widerspruch zwischen dem Schneller-Bauen-Gesetz, das den Eingriff in Waldflächen eher erleichtere, und den Visionen eines Berlin mit mehr Bäumen auflöse. – Welche Überlegungen habe der Senat, um die Bezirke zu unterstützen, das Klimaanpassungsgesetz umzusetzen? Derzeit sagten 80 Prozent der Bezirke, dass die Umsetzung durch Personal- und Geldmangel nicht möglich sei. – Wie könne der Denkmalschutz weiterentwickelt werden, um Bäume auch in Straßen zu ermöglichen, wo dies historisch nicht vorgesehen gewesen sei? Wie würden Platzprobleme aufgelöst? – Zur unterirdischen Baumscheibe brauche es mehr Informationen, wie beispielsweise Schadstoffeinträge verhindert würden. – Die Karten der Klimarisikooanalyse sollten als GIS-Dateien öffentlich bereitgestellt und die Waldentwicklungsgrundsätze schriftlich übermittelt werden.

Dr. Michael Efler (LINKE) stimmt zu, dass die Klimaanpassung auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit sei. – Seine Fraktion bewerte ein Landesamt für sinnvoll, zumal die Zahl der verbeamteten Personen geringer sei als die kolportierten 480. – Bezüglich der Finanzierung der Umsetzung des Klimaanpassungsgesetzes frage er nach, inwieweit die eingestellten 1 Mrd. Euro des Sondervermögens gegen Änderungen gesichert seien. Was noch fehle, sei eine Aufschlüsselung, wie die Gesamtkosten der Umsetzung dargestellt werden könne. Wann komme diese? – Wie groß sei der tatsächliche Personalbedarf? – Wann würde die erste Zielzahl von 440 000 Bäumen erreicht?

Linda Vierecke (SPD) schlägt vor, die neuen Waldentwicklungsgrundsätze in Form einer Anhörung vertieft zu besprechen. – Sie bitte, zu den konkreten Zielen, dem Monitoring sowie der Umsetzung auszuführen. Sei Kritik an der „Waldernte“ aufgenommen worden? Wie werde mit Jagd umgegangen? Wie sei der Zustand während des Moratoriums gemonitort worden? Welches Monitoring plane der Senat?

Die Präsentation zeige, dass das Klimaanpassungsgesetz von der Koalition und dem Senat ernsthaft umgesetzt werde. Sie sei offen, mit welcher Struktur das Gesetz bestmöglich umgesetzt werden könne. Der Senat könne dazu ausführen, wie ein mögliches Landesamt ausgestaltet sein könnte. – Warum sei die Befragung durchgeführt worden, und wie sei diese finanziert worden? – Welche Konflikte werde es bei Fuß- und Radwegen sowie mit den Leitungsbetrieben geben? Wie könnten diese gelöst werden? – Wann und wie könnten sich Bürger/-innen an der Umsetzung beteiligen?

Franziska Leschewitz (LINKE) widerspricht, dass der Senat konsequent an der Umsetzung des Gesetzes arbeite. Immer wieder würden Bäume leichtfertig zugunsten von Landesvorhaben gefällt. Stattdessen sollten Bäume gut gepflegt und nur im Notfall gefällt werden. Es müsse vor allem das Problem, warum so viele Bäume im Straßenland und in Wäldern krank seien und gefällt werden müssten, gelöst werden. Der Denkmalschutz müsse weiterentwickelt werden, um Umweltschutz zu ermöglichen.

Alexander Bertram (AfD) bittet um Erläuterungen, inwiefern sich die neuen Waldgrundsätze zum bisherigen Waldumbau konkret unterscheiden. – Beziehe sich der Mehrbedarf an Personal des Klimaanpassungsgesetzes auf die derzeit besetzten Personalstellen oder auf die Planstellen? In den SGAs seien viele davon unbesetzt, sodass es einen großen Unterschied mache, ob der Mehrbedarf zusätzlich sei oder ob er teilweise durch ein Besetzen bereits bestehender Personalstellen gedeckt werden könne. – Was sei der Stand der Gespräche mit den BWB zu Entsiegelung und Schwammstadt? – Eine ausführliche Besprechung sei nötig.

Danny Freymark (CDU) zeigt sich zuversichtlich, dass die Projektumsetzung Berlin auf verschiedene Arten besser machen werde. Die Umfrage sei als Hilfe zur Fokussierung hilfreich. Die Befragung der Bezirke habe gezeigt, dass die Haushaltsjährlichkeit die Bezirke bei Baumpflanzungen behindere. Es sei richtig, statt die Aufgabe nur mit viel Personal zu lösen, auch strukturelle Hindernisse zu bearbeiten. Insgesamt brauche es mehr Austausch mit den Bezirken, um deren Perspektive nachvollziehen zu können. – Anstatt Fundamentalkritik wie die Abgeordnete Leschewitz zu üben und zu kritisieren, dass Bäume gepflanzt würden, während andere krank seien, müsse es gemeinsamer Geist sein, den bestmöglichen Weg der Umsetzung zu finden. Der Senat arbeite engagiert daran. Mit dem Klimapakt, dem Sondervermögen und dem Klimaanpassungsgesetz gebe es eine große Chance.

Franziska Leschewitz (LINKE) stellt klar, dass sie sich nicht gegen Baumpflanzungen ausspreche, sondern dafür, dass die Ursachen der kranken Bäume eruiert werden sollten. Bäume zu pflanzen, die bald wieder krank würden, sei Geldverschwendung.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, dass die Waldgrundsätze auf der Veranstaltung zu 111 Jahre Dauerwaldvertrag der Öffentlichkeit vorgestellt würden. – Es gebe einen Zielkonflikt zwischen dem Schneller-Bauen-Gesetz und dem Baumerhalt, aber beide Interessen könnten in Einklang gebracht werden.

Die Ziele der neuen Waldgrundsätze seien, durch waldbauliches Gestalten und einer verantwortungsvollen Jagd den Wald und damit lebenswichtige Ressourcen für kommende Generationen zu sichern. Aus diesem grundsätzlichen Ziel leiteten sich sechs strategische Ziele ab. Das erste Ziel sei Walderhalt und Mehrung, dauerhafte Sicherung und Stärkung der Waldflächen als Teil der grünen Infrastruktur Berlins, Schutz vor Umwandlung, Einbindung in die Stadtplanung, Sicherung von Kaltluftentstehungsgebieten und Beitrag zum Wasserhaushalt. Das zweite Ziel sei Klima und Ressourcenschutz, Stabilisierung der Ökosystemleistungen des Waldes, Trinkwasserkühlung, Bodenschutz, CO₂-Speicherung durch naturnahe Bewirtschaftung, verbesserten Wasserhaushalt und regionale Holznutzung, Entwicklung zum resilienten Dauerwaldumbau. Das dritte sei instabile Reinbestände zu strukturreichen, gemischten und mehrschichtigen Wäldern mit gesicherter Naturverjüngung umzubauen und dazu angepasste Wildbestände als Voraussetzung für langfristige Stabilität. Das vierte Ziel sei Naturnähe und Naturschutz zur Stärkung und Förderung von Biodiversität, Diversität durch Totholz, Biotop-

bäume, strukturreiche Waldränder und Schutz sensibler Gebiete sowie Jagd als Instrument zur Sicherung artenreicher Waldregeneration. Das fünfte Ziel sei wertschätzende Erholung und Bildung, qualitatives Erholungsmanagement mit Besucherlenkung. Umweltbildung und Schutz des Waldes vor Übernutzung, Balance zwischen Nutzung und ökologischer Integrität. Das sechste Ziel sei eine leistungsfähige Organisation durch Stärkung von Fachkompetenz, Agilität und wissenschaftsbasierter Steuerung, Sicherung von Qualitätsstandards, Gesundheitsmanagement, Kontrolle als Ausbildungs- und Forschungsbetrieb. Es sei sinnvoll, die neuen Waldgrundsätze in einer Anhörung mit den Berliner Forsten zu besprechen.

Die Vision 2065 setze sich aus vier zentralen Bausteinen zusammen, nämlich die naturnahe Dauerwaldbewirtschaftung, die Kombination aus aktivem Waldumbau und zugelassenen Naturprozessen, der systematisch in die Stadtentwicklung integrierte Wald und eine ausgewogene Multifunktionalität, in dem Zielkonflikte transparent bearbeitet würden und der Wald langfristig als Lebensraum, Erholungsort und ökologische Ressource gesichert werde

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) weist hin, dass zum jetzigen Zeitpunkt viele Fragen der Umsetzung des Klimaanpassungsgesetzes noch offen seien. Das Gesetz sei sehr komplex und umfangreich, sodass die Umsetzung immer wieder angepasst werden müsse. Das Thema solle daher in späteren Sitzungen erneut aufgerufen werden. – Es sei wichtig, mithilfe der Umfrage die Akzeptanz des Gesetzes zu erfassen, um gegebenenfalls Polarisierungen abzufangen, und die Kosten der Umsetzung gegenüber Stakeholdern argumentativ zu vertreten. Die Umfrage habe keine zusätzlichen Kosten verursacht, da die Umfrage im Zusammenhang zum Waldumbauprozess geplant gewesen sei und nur ein weiterer Fragenkatalog beigefügt worden sei.

Die Flächenkonkurrenz sei teilweise auch historisch bedingt. Die Oranienstraße beispielsweise sei im Laufe der Planungen aufgrund von Bodenspekulation immer schmaler geworden, sodass dort keine Baumscheiben eingeplant worden seien. Um diese Flächenproblematik aufzulösen, müssten alle eingebunden und innovative Lösungen genutzt werden. Die unterirdischen Baumscheiben bestünden aus einem System von Baumrigolen und Kunststoffstrukturen, was Wasserversickerung zulasse und Lasten von Pkws, aber nicht Lkws, stützen könnten. – Die gewünschten GIS-Daten würden im Geoportal bereitgestellt. Langfristig werde an einem digitalen Zwilling der unterirdischen Strukturen und Leitungen Berlins gearbeitet. Ein öffentlicher Zugang, damit Bürger erfahren könnten, wo Bäume selbst gepflanzt werden könnten, werfe aber Probleme des Schutzes der kritischen Infrastruktur auf. Mit den Leitungsbetrieben gebe es bereits einen engen Austausch. Es sei hilfreich, dass dies häufig städtische Betriebe seien, aber auch die privaten würden eingebunden.

Als nächster Schritt würden die Personalbedarfe ermittelt. Herausfordernd sei, dass neben Landschaftsbau und Gärtnerei häufig auch Mangelberufe nötig seien. Hier müsse geprüft werden, ob es sinnvoll sei, diese Berufsgruppen über Bedarf selbst auszubilden und in andere Städte zu exportieren. Das zeige, dass es sinnvoll sei, das Sondervermögen zu investieren, da dies ein Leuchtturmprojekt sei, das Innovationen anstoße. Dafür seien aber auch Einschnitte nötig, sodass teilweise vielleicht auch an Brücken und anderswo gespart werden müsse.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) stellt klar, dass in alle nötigen Brücken investiert werde. 175 Ersatzneubauten und 125 Grundinstandsetzungen seien geplant.

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) führt weiter aus, dass diese Zielkonflikte und Widersprüche in einem Diskussionsprozess und mit dem pragmatischen Ansatz des Senats, mit Augenmaß und mit Akzeptanz der Bevölkerung vorzugehen, aufgelöst würden. – Die Vitalität von Straßenbäumen sei nicht beeinflussbar, da sie von vielen Faktoren am Standort abhängig sei. Daher sei es ein normaler Vorgang, Straßenbäume als Infrastruktur zu begreifen und zu fällen. Der Klimawandel wirke auch ein und zwingt, Bäume durch trockenheitsresistentere Arten zu ersetzen. Das Pflanzenschutzamt erforsche mögliche Arten.

Linda Vierecke (SPD) bemängelt, dass die Waldgrundsätze nur sehr unkonkret vorgestellt worden seien. Die Ziele, der Prozess und das Monitoring seien weiterhin unklar und müssten im Ausschuss erläutert werden.

Alexander Bertram (AfD) fragt nach, ob sich der Stellenaufwuchs auf die Planstellen oder auf die aktuell besetzten Stellen beziehe.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) vertritt den Standpunkt, zu den Waldgrundsätzen ausreichend ausgeführt zu haben. Die Berliner Forsten wollten die von ihnen erarbeitete Vision 2065 am 13.03.2026 selbst der Öffentlichkeit vorstellen.

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) antwortet, dass die von den Bezirken genannte Zahl zusätzliche Planstellen seien. Diese Zahl werde sich aber reduzieren, da einige Aufgaben auch gesamtstädtisch gesteuert werden könnten. Das Klimaanpassungsgesetz sei das erste große Projekt, in dem die Verwaltungsreform in der Praxis eingesetzt werde. Dies sei kompliziert umzusetzen, aber könnte zeigen, was die Verwaltungsreform an Personal-, Kosten- und Prozesseffizienzen bringe.

Linda Vierecke (SPD) bittet, dass die Waldgrundsätze dem Ausschuss bis zur nächsten Woche übermittelt würden, damit sich die Abgeordneten vorbereiten könnten. Die heutigen Fragen seien noch nicht ausreichend beantwortet worden.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, dass sie die Fragen bestmöglich beantwortet habe.

Der **Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Vorlage – zur Kenntnisnahme –
Drucksache 19/2753
**Klimagerechtes Haushalten – Bericht zum
Doppelhaushalt 2026/2027 (Hauptverwaltung)**
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

[0272](#)
UK

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0279](#)
Investitionen in Umwelt- und Klimaschutz – Ziele UK
und Vorhaben des Senats
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) hebt hervor, dass der Bericht zeige, dass die Regierung und die Koalition Rekordsummen in Milliardenhöhe in den Klimaschutz und die Klimaanpassung investierten. Das Berliner Klimaanpassungsgesetz und der Klimapakt seien wegweisende Entscheidungen. Über den Haushalt 2026/2027 und dem Sondervermögen des Bundes habe die SenMVKU im Bereich Umwelt- und Klimaschutz über 570 Mio. Euro zur Verfügung. Trotz der Haushaltskonsolidierung würden die Klimaschutzprogramme BEK und BENE 2 fortgesetzt und EU-Fördermittel nach Berlin geholt. Weitere EFRE-Mittel würden mithilfe des Sondervermögens des Bundes eingeworben. Auf Grundlage des Doppelhaushalts 2026/2027 werde auch geprüft, wie weitere EFRE-Mittel jenseits von BENE 2 genutzt werden könnten.

Der Bericht habe untersucht, welche Maßnahmen zum Klimaschutz in den Bereichen Neubau und Sanierung öffentlicher Gebäude, Solaranlagen auf öffentlichen Dächern, CO₂-freie Fahrzeugflotten und Ausbau der Ladeinfrastruktur und klimarelevante Förderprogramme und Zuschüsse über alle Senatsverwaltungen hinweg im Haushalt enthalten seien. Trotz großer finanzieller Herausforderungen seien relevante Klimaschutzinvestitionen geplant, die mehr als 37 000 Tonnen CO₂ pro Jahr sparen könnten. Als Mittel seien 1,1 Mrd. Euro im Kernhaushalt, 1 Mrd. Euro im Klimapakt sowie 1 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen zur Umsetzung des Klimaanpassungsgesetzes angesetzt.

Im Bereich Klima- und Umweltschutz seien 2026 mit dem Klimaanpassungsgesetz, der Wärmeplanung und dem Deutschen Naturschutztag relevante Vorhaben geplant. Die Wärmeplanung werde bis zum 30.06.2026 vorgelegt und bilde die Grundlage für eine klimafreundliche und zukunftssichere Wärmeversorgung. Um die Umsetzung schaffen zu können, gebe es einen Austausch mit den Leitungsbetrieben und einen stetig tagenden Lenkungskreis. Der Ausbau der Geothermie werde weiter vorangetrieben. Angesichts der Weltkrisen sei es wichtig, alle zur Verfügung stehenden Wärmequellen zu nutzen, um autark werden zu können.

Danny Freymark (CDU) unterstreicht, dass trotz finanzieller Kürzungen im Haushalt über den gesamten Haushalt auch abseits des Haushalts der SenMVKU hinweg viel getan werde, um die Klimaziele einhalten zu können. Mit dem Sondervermögen und dem Klimapakt würden Schulden aufgenommen, was die Bemühungen der Koalition verdeutliche. Auch im SI-WA gebe es weitere finanzielle Mittel. Der Bericht solle dies zusammenbinden und das Engagement verdeutlichen.

Frank-Christian Hansel (AfD) vertritt den Standpunkt, dass mit den derzeit ausgewiesenen quantifizierten und politisch steuerbaren Instrumenten die von den anderen Fraktionen angestrebte CO₂-Minderung von 800 000 Tonnen CO₂ pro Jahr nicht plausibel sei. Im Doppelhaushalt 2026/2027 steige das Volumen der klimarelevanten Ausgaben auf 2,2 Mrd. Euro mit Einsparungen von rund 37 000 Tonnen CO₂ gegenüber 1 600 Tonnen im Doppelhaushalt 2024/2025, was immer noch zu wenig sei. Zudem sei nur ein sehr begrenzter Teil der als relevant ausgewiesenen Mittel mit konkreten CO₂-Effekten hinterlegt. Er kritisiere, dass es keine

konsistente, quantifizierte und steuerbare Abbildung, wie diese Ziele tatsächlich erreicht werden sollten, gebe. Statt Symbolpolitik zu machen, solle der Senat rechnerische, institutionelle und haushaltspolitische Klarheit schaffen.

Dr. Michael Efler (LINKE) zeigt sich irritiert, dass der Senat betone, dass das BEK und BENE 2 weiterhin erhalten blieben, obwohl diese radikal gekürzt worden seien. Dies habe Schaden verursacht, der auch durch den Klimapakt nicht völlig aufgehoben werde. – Zu dem Bericht solle erläutert werden, warum die Städtebauförderung komplett als klimarelevante Ausgabe einberechnet werde. – Er weise hin, dass die angegebene Zahl von 37 000 Tonnen CO₂-Ersparnissen den falschen Eindruck erwecke, dass die Investitionen nur einen geringen Einspareffekt hätten. Tatsächlich sei der Effekt höher. – Ein Problem sei, dass die Mittel der BIM nicht ausreichten, um die gesetzlichen Ziele zu erreichen. Es fehlten 124 Mio. Euro. Sei das Problem bekannt und werde an Lösungen gearbeitet? Eine Lösung sei, die BIM kreditfähig zu machen. Investitionen in energetische Sanierungen amortisierten sich. – Bei der Elektromobilität müsse auch der Anteil der E-Fahrzeuge bei den Nutzfahrzeugen wachsen, sonst werde die gesetzliche Vorgabe bis 2030 verfehlt. Die Ladeinfrastruktur auf Landesliegenschaften müsse ausgebaut werden. – Zum Klimaanpassungsgesetz müsse dargestellt werden, ob es einen Plan für die Gesamtfinanzierung gebe, da die Kosten in Investitionsplanungen eingeplant werden müssten. – Dass sich der Abgeordnete Hansel als Vertreter der klimawandel-leugnenden Partei AfD für bessere Verfahren ausspreche, sei widersprüchlich.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) führt aus, dass der Bericht begrüßt werde, da er Vergleichsmöglichkeiten schaffe, aber früher hätte übermittelt werden sollen, um noch in den Haushaltsberatungen im Fachausschuss besprochen werden zu können. Er bemängele, dass gerade bei Bauvorhaben keine Klimarelevanz vermerkt werde, obwohl graue Emissionen durchaus Auswirkungen hätten. Die Investitionen im Rahmen des Klimapakts seien wichtig, aber viele der Maßnahmen seien ohnehin bereits geplant gewesen. Wichtig sei nun, zu monitoren, dass die Investitionen auch wirklich die Erfüllung der Klimaziele sicherten. Seien ein Monitoring und Kontrollinstanzen geplant? Bei energetischen Sanierungen müsse darauf geachtet werden, dass die Mieter/-innen keine Mehrkosten hätten. Kritisch sei aber, dass durch die Kürzungen bei BENE 2 und dem BEK andere private Akteure keine Fördermöglichkeiten mehr hätten oder sich auf Bundesprogramme bewerben müssten. Das gefährde Nahwärmegenossenschaften und damit auch die Umsetzung der Wärmewende. Gebe es durch die auf Bundesebene geplante Reform des GEG Auswirkungen auf die Wärmeplanung in Berlin? Der weitere Betrieb von Gasheizungen könne die Wirtschaftlichkeit von Fern- und Nahwärmenetzen gefährden, wenn es weiterhin Doppelstrukturen gebe. – Die Geothermie sei gerade im Osten der Stadt wichtig.

Linda Vierecke (SPD) unterstreicht, dass der Klimapakt ein wichtiger Baustein sei, um den Betrieben zu ermöglichen, die CO₂-Ziele zu erreichen. Auch die Geothermie sei wichtig. Was sei der aktuelle Stand? – Der PV-Ausbau müsse beschleunigt werden, um die gesetzlichen Ziele zu erreichen. – Der Bericht sage selbst, dass Berlin seine CO₂-Ziele derzeit verfehle. Welche Maßnahmen seien geplant, dies zu ändern? Es gebe auch gegenüber kommenden Generationen eine Verpflichtung, die Ziele zu erreichen. Würden auch ordnungspolitische Maßnahmen angedacht? Welche Möglichkeiten gebe es noch? – Angesichts der Kürzungen im Haushalt der SenMVKU sei es wichtiger geworden, Fördermittel bestmöglich einzuwerben. Welche Bundesfördermittel würden genutzt? Sei das ANK noch enthalten? – Wie werde der Erfolg von Klimaanpassungsmaßnahmen gemessen?

Frank-Christian Hansel (AfD) stellt klar, dass seine Partei nicht den Klimawandel leugne, sondern die Annahme, dass die CO₂-Emissionen ursächlich seien. Klimaanpassungsmaßnahmen sowie Geothermie unterstütze seine Partei durchaus. Die Dekarbonisierung aber sei zu teuer und werde keinen Effekt haben. Er weise aber darauf hin, dass die anderen Parteien gemessen an ihren Ansprüchen zu wenig investierten.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) hebt hervor, dass kein anderes Bundesland einen vergleichbaren transparenten, detaillierten und strukturierten Bericht zum klimagerechten Haushalten veröffentliche. Die 37 000 Tonnen bezögen sich nur auf die eindeutig aus dem Kernhaushalt nachweisbaren Reduktionen. Es sei zu erwarten, dass die Effekte größer seien. Wenn über landeseigenen Unternehmen investiert werde, werde das marktwirtschaftliche Auswirkungen haben. Daher habe der Senat die Überzeugung, dass durch diese Investitionen eine größere Hebelwirkung erreichen werde, als wenn alleine über den Haushalt investiert werde. Es sei korrekt, dass die landeseigenen Gesellschaften die Maßnahmen teilweise schon länger planten, aber nun würden durch den Klimapakt die nötigen Investitionen bereitgestellt. Sie sei SenFin dankbar, dass dies mitgetragen werde. Bei der BVG werde erreicht, dass das Angebot stabilisiert werde bei gleichzeitigem Ausbau der E-Mobilität. – Die SenMVKU sei für die Ladeinfrastruktur auf landeseigenen Grundstücken nicht zuständig. Im öffentlichen Straßenland gebe es in Berlin bereits 30 000 Ladepunkte, was im Bundesvergleich sehr gut sei. – Sie sehe beim Klimapakt keine Gefahr, dass die Mittel nicht zielgerecht verwendet würden. Es gebe entsprechende Vereinbarungen sowie Kontrollinstanzen wie die Aufsichtsräte, wo die beteiligten Senatsverwaltungen auf die gewünschte Mittelverwendung achteten. – Die Reform des GEG durch den Bund könne die Bereitschaft, in Wärmepumpen zu investieren, sogar erhöhen, weil die Reform die Eigenverantwortung stärke und motiviere. Der bisherige Weg, über Druck und Verbote Ziele zu erreichen erzeuge eher Reaktanz. Auch die Krisen der Welt würden die Bereitschaft zum Wechsel erhöhen. – Bei der tiefen Geothermie war Roadmap bereits erarbeitet und der Antrag gestellt. Es habe aber weiteren Einsatz benötigt, um die Genehmigung für ganz Berlin zu bekommen. Die 2D-Seismik werde derzeit ausgewertet. – Beim Satz, Berlin sei nicht auf dem Zielpfad, müsse der Kontext beachtet werden. Das beziehe sich auf 1990 bis 2023. Die neu ergriffenen Maßnahmen sollten den Zielpfad erreichen.

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) erläutert, dass Berlin als Stadtstaat beim ANK-Programm strukturell benachteiligt werde. Die Mittel des ANK würden zunehmend in die Förderung der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ überführt. Das bedeute, dass Berlin von den 3 Mrd. Euro des ANK nur zu 791 Mio. Euro Zugang habe. Es werde mit dem Bund verhandelt, Berlin als Stadtstaat mit Einheitsgemeinden gleichzustellen. Auch die Berliner Forsten müssten gleichgestellt oder eine Härtefallregelung für Länder mit einem Landeswaldanteil von über 96 Prozent und fehlenden anderweitig förderfähigen kommunalen oder privaten Waldflächen eingeführt werden. Staatswälder seien derzeit nicht antragsberechtigt.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) ergänzt, dass das Verwaltungsgericht Berlin den Standpunkt vertrete, dass das Land Berlin als Einheitsgemeinde zu werten sei.

Jens Kendzia (SenMVKU) erläutert, dass es bei der Erstellung des Berichts drei Herausforderungen gebe. Erstens sei es methodisch schwierig, die Effekte von einzelnen Maßnahmen exakt zu bemessen. Daher sei die angegebene CO₂-Einsparung nur das, was sicher quantifiziert

werden könne. Die Methode werde aber stetig weiterentwickelt. Zweitens gebe es Haushaltsansätze, wo es unklar sei, welcher Anteil davon dem Klimaschutz diene. Dies sei bei der Städtebauförderung der Fall. Daher werde so vorgegangen, diese mitaufzunehmen, aber in den Erläuterungen auf die Unklarheiten hinzuweisen. Drittens sei es herausfordernd, den Bericht zeitnah in den Haushaltsberatungen vorzulegen. Es werde aber versucht, die Abläufe weiterzuentwickeln um die Erstellung zu beschleunigen. Möglicherweise bringe eine fortschreitende Digitalisierung weitere Zeitgewinne. Weitere Vorschläge zur Weiterentwicklung würden gerne aufgegriffen.

Dr. Michael Efler (LINKE) regt an, dass die CO₂-Einspareffekte von landeseigenen Unternehmen im Bericht aufgenommen werden sollten. – Seine Frage, wie das Finanzierungsdefizit der BIM aufgelöst werden könne, sei noch nicht beantwortet worden. – Das Argument, dass durch die Abschaffung von Verpflichtungen der Absatz von Wärmepumpen gesteigert werde, sei nicht überzeugend.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) bleibt dabei, dass eine Deregulierung die Eigenmotivati-
on erhöhe. – Für die BIM sei die SenMVKU nicht zuständig.

Der **Ausschuss** nimmt die Vorlage – zur Kenntnisnahme – Drucksache 19/2753 zur Kenntnis und schließt die Besprechung ab.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2862

[0282](#)
UK

Bäume erhalten – Baumfällungen überprüfen

Daniela Billig (GRÜNE) begrüßt, dass der Senat das Klimaanpassungsgesetz engagiert umsetze und auch die soziale Umweltgerechtigkeit beachte. Gerade dort, wo eine dichte Bebauung vorherrsche, müsse mehr geschehen. Es gebe aber immer noch geplante Baumfällungen, die wie am Tempelhofer Damm und in der Torstraße nicht notwendig seien und daher dem Gesetz widersprächen. Die Fällungen sollten überprüft und die Bauminfrastruktur vor der Verkehrsinfrastruktur priorisiert werden.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) weist hin, dass bei Baumaßnahmen wie am Tempelhofer Damm Abwägungen getroffen werden müssten. Es habe Vorarbeiten gegeben, die ergeben hätten, dass bei einem Erhalt der Bäume die CO₂- und NO_x-Emissionen sich durch den behinderten Verkehr negativer entwickelten. Daher seien die Fällungen kein Widerspruch zum Klimaanpassungsgesetz. Bei den Baumaßnahmen an der Torstraße würde durch die Einbringung von unterirdischen Substraten die Situation der Bäume sogar verbessert.

Frank Luhmann (CDU) unterstreicht, dass Entscheidungen nicht leichtfertig getroffen würden. Gutachten hätten bezweifelt, dass die Bäume am Tempelhofer Damm die Baumaßnahmen überleben würden. Es brauche dort auch klimaangepasste Bäume. Auch die Bedürfnisse der motorisierten Verkehrsteilnehmer müssten beachtet werden. Seine Fraktion begrüße die anstehenden Verbesserungen durch das Klimaanpassungsgesetz, wovon auch der Tempelhofer Damm profitieren werde.

Wiebke Neumann (SPD) vertritt den Standpunkt, dass die Planungen am Tempelhofer Damm überprüft werden sollten. Es gebe mittlerweile Kompromissvorschläge, die den teilweisen Erhalt der Bäume ermöglichen.

Franziska Leschewitz (LINKE) unterstreicht, dass die Bäume erhalten und die Planungen angepasst werden sollten. Daher werde dem Antrag zugestimmt. Das Gesetz bedinge die Überprüfung der Planungen.

Linda Vierecke (SPD) stellt dar, dass der Antrag inhaltlich begrüßt werde, da es für die genannten Baumaßnahmen Alternativvorschläge gebe. Sie habe Verständnis für die Abwägung der Zielkonflikte, aber das Klimaanpassungsgesetz sei eine Aufforderung, diese Zielkonflikte zugunsten der Bäume zu lösen. Umweltpolitisch sei ein gewachsener Baum durch seine Schattenwirkung besser als ein neu gepflanzter.

Alexander Bertram (AfD) bemängelt, dass der Antrag konkrete Vorschläge hätte machen sollen. Die Bezirksämter und der Senat machten sich Entscheidung nicht leicht, aber manchmal mache die Güterabwägung Fällungen erforderlich. An der Ollenhauerstraße sollten die Planungen für den Radweg tatsächlich angepasst werden, um die Bäume zu erhalten.

Danny Freymark (CDU) unterstreicht, dass es manchmal für Infrastrukturprojekte wie Schulen, aber auch zur Sicherstellung des Verkehrsflusses sinnvoll sei, Bäume zu fällen, um ein Funktionieren der Stadt zu gewährleisten. Diese Abwägung unterstütze die CDU-Fraktion und lehne den unrealistischen Antrag ab.

Daniela Billig (GRÜNE) weist den Vorwurf zurück, dass die Priorisierung von Bäumen zu einem Stillstand in der Stadt führe. Es gebe konkrete Vorschläge in den Bezirken, die umsetzbar seien. Ihre Fraktion wolle die Lebensqualität und Gesundheit der Berliner Bevölkerung sichern, wofür gesunde alte Bäume erhalten werden müssten.

Franziska Leschewitz (LINKE) vertritt den Standpunkt, dass das Klimaanpassungsgesetz beachtet werden müsse. Selbstverständlich gebe es auch Abwägungen, die eine Fällung nötig machten, aber Baumaltbestände hätten einen großen Wert und sollten nicht nur für den Straßenverkehr gefällt werden.

Danny Freymark (CDU) legt Nachdruck darauf, dass das Gesetz nicht verbiete, Bäume für den Verkehrsfluss zu fällen.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) unterstreicht, dass die genannten Baumaßnahmen notwendig seien und die Baumfällungen mit falschen Argumenten kritisiert würden. In der Torstraße seien 27 von 135 Bäume stark verwachsen und geschädigt und müssten gefällt werden, um dem Fuß- und Radverkehr Sichtachsen zu ermöglichen und um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten. Durch Erweiterung der Baumscheiben, oberirdische Grünflächenverbindungen sowie unterirdische Substratverbindungen würden auch bessere Wachstumsbedingungen geschaffen. – Die Baumaßnahmen am Tempelhofer Damm seien notwendig, um Havarien überalterter Wasserleitungen der BWB zu verhindern und eine Tunneldecke der BVG zu sanieren. Die geplante Verkehrsführung schütze Bürger/-innen in den umliegenden Kiezen vor Emissi-

onen. Die zu fällenden Bäume stünden auf dem Mittelstreifen und spendeten keinen Schatten für den Fuß- und Radverkehr.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Plenum die Ablehnung des Antrags – Drucksache 19/2862 – zu empfehlen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/2639

Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen und allen internationalen Klimavereinbarungen

[0270](#)

UK

BuEuMe(f)

Frank-Christian Hansel (AfD) plädiert dafür, dass Deutschland aus dem Pariser Klimaabkommen aussteige. Das Abkommen sei unfair, da andere Länder wie China und Indien die CO₂-Emissionen weiter steigerten, und unwirksam, da eine Dekarbonisierung Deutschlands keinen Einfluss aufs Weltklima habe, aber große wirtschaftliche Schäden durch steigende Strompreise und Deindustrialisierung verursache. Deutschlands Energieversorgung müsse zurück zur Nutzung aller verfügbaren Energieträger wie Kernenergie, aber auch Geothermie. Dies sei energiepolitischer Realismus, Souveränität und wirtschaftliche Vernunft.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) bemerkt einleitend, dass der Antrag abgelehnt werde, weil ein Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen die Glaubwürdigkeit Deutschlands schwächen, Einflussmöglichkeiten reduzieren und Deutschland außenpolitisch isolieren würde. Der Antrag widerspreche Landes- und Verfassungsrecht, ignoriere die Folgen des menschengemachten Klimawandels und habe daher negative Folgen für die Berliner Bevölkerung. Befragungen zeigten, dass die Einwohner Berlins zu 83 Prozent den menschengemachten Klimawandel anerkannten. Das 1,5-Grad-Ziel sei der Maßstab der Berliner Klimaschutzpolitik, um die Lebensqualität der Stadt zu sichern und die Schöpfung zu bewahren.

Dr. Michael Efler (LINKE) legt Nachdruck darauf, dass das Abgeordnetenhaus nicht zuständig sei, die Bundesrepublik Deutschland niemals aus dem Abkommen austreten werde und die Klimaneutralität der Welt nicht mehr aufzuhalten sei. Die Emissionen in China und Indien hätten ihren Peak bereits erreicht. Die Ausführungen der Senatorin würden unterstützt.

Danny Freymark (CDU) tritt bei, dass es falsch sei, aus dem internationalen Abkommen auszutreten, da es die deutsche Position in der Welt schwächen würde. Das Abkommen lege das Ziel fest, ermögliche aber den Ländern einen individuellen Weg und unterstütze wirtschaftlich schwächere Länder. Die aktuelle Bundesregierung setze bereits den Fokus auf Energiesicherheit.

Linda Vierecke (SPD) unterstreicht, dass der Antrag die Gefährlichkeit der AfD-Politik zeige. Internationale Kooperationen seien beim Kampf gegen den Klimawandel unverzichtbar, um ein lebenswertes Leben auf der Erde zu sichern. Der Klimawandel sei auch ein soziales Problem. Wirtschaftlich sei der Antrag gefährlich, da Deutschland von neuen klimafreundlichen Technologien profitiere, während ein Austritt die Wirtschaft durch Isolation und einer verzögerten Transformation schwächen würde.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) teilt mit, dass die Ausführungen der Senatorin sowie Dr. Eflers unterstützt würden. Der Antrag werde abgelehnt

Frank-Christian Hansel (AfD) warnt davor, dass Deutschland mit dieser Klimapolitik und der Dekarbonisierung einen großen Fehler begehe. Da CO₂ nicht für den Klimawandel verantwortlich sei, seien die Ziele nicht erreichbar, aber die Wirtschaft leide und Preise explodierten. Das treffe gerade die Ärmsten. Aus Sicht der Versorgungssicherheit sei der Kernenergieausstieg ein Fehler gewesen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Plenum die Ablehnung des Antrags – Drucksache 19/2639 – zu empfehlen.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2888
**Klimaanpassungsgesetz umsetzen:
Baumschutzverordnung novellieren!**

[0288](#)
UK

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Entsiegung vorantreiben –
Klimaanpassungsmaßnahmen stärken**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Auf dem Weg zur Netto-Null-Versiegelung bis 2030
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0162](#)
UK

[0094](#)
UK

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 25.04.2024

Vertagt.

Punkt 8 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0205](#)
**Zukünftige Klimaentwicklungen in Berlin-
Brandenburg: Was erwartet uns?** UK
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0091](#)
**Klimakrise und Klimazukunft: Szenarien für die
Region Berlin-Brandenburg** UK
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 10.10.2024

Vertagt.

Punkt 9 der Tagesordnung – neu –

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.